

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

Nr. 71

Bezugspreis: monatlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pf. mit Frachtkosten; durch die
Post 2,25 M. bzw. 75 Pf. ohne Bestellgeld.

Hachenburg, Sonntag, den 24. März 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsseitige Zeile 100 Pf. oder deren
Raum: 20 Pf., die Reklamazeile 60 Pf.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

22. März. Ostende wird von der See her beschossen. —
Starker Feuerkampf in Flandern, zwischen La Bère und
Solignac, bei Reims, in der Champagne, vor Verdun und
an der lothringischen Front. — Von Arras bis La Bère wer-
den in breiten Abschnitten die ersten englischen Linien gestürmt
und genommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Überreichung des unterzeichneten russischen
Friedensvertrages ist nunmehr in Berlin erfolgt. Im
Auftrage des Volkskommissars für auswärtige An-
gelegenheiten überreichte im Auswärtigen Amte Herr
Vetrom, Vorsitzender des Komitees für Auswärtige An-
gelegenheiten im Sowjet, eine offizielle schriftliche Mit-
teilung darüber, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk
am 16. d. Mts. von der außerordentlichen allrussischen
Versammlung der Räte der Arbeiter, Soldaten, Bauern-
und Kosakenrepräsentanten in Moskau ratifiziert worden ist.

Die Abordnung des litauischen Landesrates wird
in diesen Tagen die Beschlüsse, wie sie in diesen Tagen im
Reichstage mitgeteilt wurden, überreichen. Die Abordnung
wird bereits am Freitag eintreffen, ihre Reise hat sich
aber um einen Tag verzögert. Von einer Verzögerung
der Reiseerlaubnis kann keine Rede sein.

Dänemark.

Der Warenverkehr mit den Mittelmächten soll
jetzt durch ein Abkommen geregelt werden. Die ent-
sprechenden, seit Wochen geführten Verhandlungen haben,
dänischen Blättern zufolge, zu einem günstigen Abschluß
geführt. Das Ergebnis war die Festlegung des Waren-
verkehrs zwischen den genannten Ländern in unvor-
änderlichem Umfang. Deutscherseits soll namentlich Kohle,
Eisen und Stahl geliefert werden.

Schweiz.

Im Nationalrat wurde der Fall Ador verhandelt.
Der Präsident des Neutralitätsausschusses teilte auf die
Anfrage, ob es wahr sei, daß Bundesrat Ador dem Ver-
treter der italienischen Regierung in Bern Nachrichten
über die von den Mittelmächten gegen die italienische
Front beabsichtigte Offensive vermittelt habe, mit,
nach genauer Untersuchung hätte sich ergeben, daß die
gegen den Bundesrat Ador gerichteten Vorwürfe un-
begründet sind, daß seine Haltung durchaus korrekt gewesen
ist und zu keinerlei Vermädelung Anlaß geben könnte.
Der Präsident des Nationalrats Calame erklärte den
Schweizerfall für geschlossen.

Polen.

Aber die innerpolitische Entwicklung teilt die
Warschauer „Gazeta Poranna“ mit: In der Heeresfrage
erklärte sich Stępczowski für eine möglichst schnelle Bildung
des Heeres. Für die Kriegszeit würde Generalgouverneur
v. Beseler das Oberkommando über das polnische Heer
führen, während die übrigen leitenden Stellen von
Polen besetzt würden. Die Eidesformel wäre dieselbe,
welche vorher beim polnischen Hilfskorps gebräuchlich war.
Die Eiderfrage dürfte nach den Informationen
Stępczowski eine Revision erfahren, doch hängt die Haupt-
entscheidung von der österreichischen Regierung ab.

Großbritannien.

Die Frage der Schiffbauernot beschäftigt allgemein
die Gemüter. Im Unterhause übten mehrere Redner an
den unvermeidlichen Ausführungen Sir Geddes' heftige
Kritik. Mc Keenan meinte, daß der Minister dadurch, daß
er das letzte Vierteljahr von 1917 als Grundlage für einen
Vergleich zwischen Versenkungs- und Neubausiffer ge-
nommen habe, einen über alle Maßen günstigen Zeitraum
für seine Zwecke ausgewählt hätte, da die Verluste in dieser
Zeitperiode das niedrigste und der Schiffbau gerade sein
höchstes Niveau erreichte. — Die Presse urteilt ähnlich.
Ganz unumwunden erklären die Blätter, daß die Admi-
ralität das Volk im unklaren über die deutschen U-Boot-
Erfolge lasse, was zu verhängnisvollen Krisen führen
könne.

Schweden.

In einer programmatischen Rede über die Macht-
verhältnisse in der Ostsee erklärte Ministerpräsident Eden
zusammenfassend: Die gewaltige Machtverschiebung in
der Ostsee haben wir nicht abwehren können. Wir müssen
uns danach einrichten. Wir wünschen das beste Verhältnis
zu der Macht, die jetzt diese Gewässer beherrscht, Deutsch-
land, zu erreichen, und werden es auch ernsthaft zu er-
reichen versuchen. Aber wir müssen und werden dies
unter Bewahrung unserer Selbstständigkeit tun. Der engere
Zusammenhalt Schwedens, Norwegens und Dänemarks,
den die Kriegsjahre geschaffen haben, erhält nach diesen
Ereignissen eine größere Bedeutung als je vorher. Wir
müssen jeden erreichbaren Zusammenhalt anstreben, und
zwar auch mit Finnland. Schweden kann und darf sich
jedoch nicht ausschließlich auf die Ostsee-Interessen be-
schränken. Niemals war es notwendiger als jetzt, Wege
auch nach dem Westen offen zu halten. Nur wenn dies
gelingt, können wir gemeinsam mit unseren Stammes-
genossen eine freie und selbständige Stellung des
skandinavischen Nordens aufrechterhalten.

Rußland.

Der Rat der Volkskommissare hat den baldigen Ab-
schluß eines russisch-amerikanischen Abkommens gebilligt,
wonach Amerika Rußland finanzielle Hilfe anbietet und
dafür Bahnkonzessionen zur Ausbeutung der natürlichen
Hilfsquellen Rußlands erhält. „Nefteftis“ geht in einem
Artikel weiter, indem das Blatt Amerikas Hilfe nicht nur
zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten,
sondern auch zur Errichtung eines starken Heeres fordert.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 22. März. Oberpräsident Frhr. v. Rheinbaben
tritt nunmehr, wie gemeldet wird, am 1. April d. J. in den
Ruhestand. Als sein Nachfolger gilt der frühere Landwirt-
schaftsminister v. Schossem-Dieser, der bereits vor Ab-
gang den Posten als Oberpräsident der Rheinprovinz inne-
gehabt hat.

Berlin, 22. März. Dem ersten und dem zweiten Vice-
präsidenten des Reichstags, Geheimräten Dr. Baasche und Dr.
Döpe ist das Eisenerz-Kreuz am weißschwarzen Bande
verliehen und im Namen des Reichsfanzlers vom Staats-
sekretär des Innern ausgehändigt worden.

Berlin, 22. März. Die diplomatischen Vertreter der
Ukraine A. Stewesur und in seiner Begleitung die Herren
Bassil Kostarenko und Prof. Woldekar sind aus Kiew hier
eingetroffen.

Wien, 22. März. Zum Kommandanten von Kiew ist der
deutsche Oberst v. Deswinski ernannt worden.

Amsterdam, 22. März. Die zweite Kammer hat heute
einstimmig den Gelebenswurf betr. die Trostlegung der
Zuidersee angenommen.

Petersburg, 22. März. Wie die Zeitungen mitteilen, ist
Tosche, der angeblich zum Botschafter in Berlin ausersehen
war, als Nachfolger Trotski zum Volkskommissar für aus-
wärtige Angelegenheiten ernannt worden.

Moskau, 22. März. Der amerikanische Botschafter Francis
erklärte, er werde Rußland nicht verlassen, bis er durch Gewalt
dazu gezwungen würde.

Deutscher Reichstag.

(145. Sitzung.) CB. Berlin, 22. März.
Die Sitzung beginnt mit kleinen Anfragen, von denen nur
die eine allgemeines Interesse hat, nämlich das Verlangen des
Abg. Dr. Müller-Weinigen betr. sofortige Entlassung bzw.
Nichternennung der in der Zeit vom 2. August bis zum 4. De-
zember 1869 geborenen Landjunkerleute.

General v. Weisberg: Die augenblickliche Lage gestaltet
sich nunmehr, die Entlassung des Jahrgangs 1869
durchzuführen. Sie wird im Laufe des Monats April
erfolgen. Über die Entlassung des Jahrgangs 1870 kann
eine Entscheidung zurzeit noch nicht getroffen werden.

Der Notetat wird in zweiter und dritter Lesung gegen
die Stimmen der Unabh. Sozialdemokraten angenommen.
Hierauf folgt die

Dritte Lesung der 15 Milliarden-Kreditsvorlage.

Abg. Ebert (Soz.): Aber unsere Beurteilung des Ni-
friedens haben wir keinen Zweifel gelassen. Im Westen aber
bestehen leider keine Aussichten auf Frieden. Wir haben
unter größter Mühe, um auch dort weiteren Blutvergießen
ein Ende zu bereiten. Eine Antwort auf die vorletzte Kanzler-
rede ist weder von Wilson noch von der belgischen Regierung
erfolgt. Dagegen haben die Staatsmänner der Entente sich
für die Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung ihrer
lautstark bekannten Kriegsziele erklärt. In England und die
Kriegskredite einstimmig bewährt worden, in Frank-

reich gegen 9 Stimmen. So befindet sich unser Land
noch dem Westen hin immer noch in der Verteidigung gegen
Feinde, die uns an Zahl überlegen sind und die die Lebens-
interessen unseres Volkes bedrohen. Wir werden deshalb
den geforderten Kriegskrediten zustimmen.

Wir verlangen aber, daß der bisherigen Veranschlagung
bei der Beschaffung von Kriegsmaterial Einhalt getan wird.
Eine strenge Überwachung und sorgfältige Preisprüfung
gegenüber den Gezelelieferungen muß Platz greifen. Not-
wendig ist eine Verringerung der Kriegsschadhaften. Wo
bleibt das Arbeitsamergesetz? Wo die Aufhebung des
§ 153? Notwendig ist eine reichsgerichtliche Regelung der
Arbeitsvermittlung und der Wohnungsverhältnisse. Leider konnten
wir den letzten schweren Gang im Westen nicht vermeiden.
Dennoch ist es Pflicht der Regierung, sobald sich eine Mög-
lichkeit zeigt, alles zu tun, um der geänderten Menschheit end-
lich den Frieden zu bringen. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Graf Westarp (Soz.): Wir sind der Meinung, daß
man in dieser Stunde die Kriegskredite ohne Aussprache
nicht bewilligen sollte. (Beifall rechts.) Wir lassen uns daher
auf Einzelheiten nicht ein. (Beifall rechts.)

Abg. Bernheim (N. S.): Jetzt sind die Unkosten schon auf
124 Milliarden Mark gestiegen. Man will das Geld später
durch Monopole aufbringen, die die breiten Massen belasten.
Die Regierung treibt keine aufrichtige Friedenspolitik. Wir
lehnen daher die Vorlage ab. Wir verlangen, daß die Reichs-
regierung es für ihre Ehrenpflicht anseht, Belgien wieder-
herzustellen.

Damit schließt die Aussprache. Die Kreditvorlage
wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Unabh.-
hängigen Sozialdemokraten angenommen.

Die Nachtragsforderung in Höhe von 8 1/2 Millionen
Mark zur Errichtung eines Dienstgebäudes für die Reichs-
schuldverwaltung in Berlin wird in zweiter und dritter
Lesung ohne Aussprache angenommen.

Nachdem noch der Gelebenswurf über Kriegsausfälle zu
den Gerichtsverfahren sowie zu den Gebühren der Rechtsan-
wälte und der Gerichtsvollzieher in zweiter und dritter
Lesung angenommen wurde, trat das Haus in die

Weiterberatung der Friedensverträge

ein, die wir mit Rußland und Finnland abgeschlossen haben.
Berichterhalter Dr. Jundt (natl.) empfiehlt die Annahme.
Namens der sozialdemokratischen Mehrheitspartei erklärt Abg.
Scheidemann, daß seine Fraktion den Frieden mit Ruß-
land nicht billige, daß sie ihn aber nicht ablehnen wolle, weil
dadurch der Kriegszustand im Osten beendet war. Sie werde
sich darum der Abstimmung enthalten, dem Frieden mit
Finnland jedoch zustimmen.

Ausschuh- und Mehrheitsentscheidungen.

Es liegen zwei Entschlüsse vor, die erste stammt
vom Ausschuh. Sie verlangt a) eine Sicherstellung der
deutschen Forderungen in Rußland, b) eine Übermittlung
der Vertragsbedingungen über die Art der Schiedsgerichte und
der Schiedsgerichtsbarkeit, c) daß bei künftigen Friedensver-
trägen Vereinbarungen getroffen werden über Mindestforde-
rungen auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes usw. Eine Ent-
scheidung der Mehrheitspartei verlangt, daß dem Selbst-
bestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung
getragen werde.

Abg. Groeber (Centr.): Der Friede war nicht anders zu
erreichen. Trotski und seine Kollegen haben nur Demon-
strationstreben gehalten; nachdem sie die Verhandlungen ab-
gebrochen hatten, mußten wir den Kampf wieder aufnehmen.
Unter diesen Umständen mußte auf klaren Bedingungen be-
standen werden. Für den Friedensvertrag spricht die Mut
Englands. Durch Ausbau des Schiedsgerichtswesens muß
der Friede für die Zukunft gesichert werden. Das Selbst-
bestimmungsrecht der russischen Völker ist die Grundlage
für ein freundschaftliches Verhältnis zu ihnen. Die Behandlung
der Polen in Deutschland muß auf eine neue Grundlage ge-
stellt werden. Man kann nicht von ihnen Vertrauen verlangen,
wenn man ihnen mit Mißtrauen begegnet. Die Behandlung
des Religionsunterrichts der Polen ist des Deutschen Reiches
nicht würdig. Ohne Gottes gnädige Hilfe wären wir in diesem
Kriege nicht soweit gekommen. Wir dürfen hoffen, auch der
weiteren Schwierigkeiten Herr zu werden. (Beifall.)

Erstvertreter des Reichstages v. Payer:
Die Entschlüsse des Ausschusses über den Ausbau der
Schiedsgerichtsbarkeit kann als brauchbare Grundlage gelten
und befähigt die Reichsregierung in ihrer bisherigen Politik.
Die Anerkennung des litauischen Staates wird voraussichtlich
in den nächsten Tagen erfolgen können. Die Unabhängigkeit
Kurlands ist bereits anerkannt worden. Die weitere staats-
rechtliche Gestaltung bleibt dann diesen Ländern über-
lassen. Die staatliche Eritika Polens muß von uns erst
anerkannt werden. Die deutsche und die österreichische
Regierung begünstigen in Polen jede Tätigkeit, die sich in der
gleichen Richtung bewegt wie die übrige, die unter Sicher-
stellung der eigenen Interessen, der Herstellung gut nachbar-
licher Beziehungen zwischen den Völkern dient. Nur eine vom
Vertrauen des Volkes getragene Vertretung wird über die



Bei jedem Bankier, jeder Bank, Sparkasse, Post-
anstalt, Versicherungsgesellschaft, Kreditgenossenschaft
werden Kriegsanleihezeichnungen entgegengenommen!

Wertblatt für den 24. und 25. März.

Sonnenaufgang 5⁵⁸ (5⁵⁹) Monduntergang 4³⁸ (4³⁹)
Sonnenaufgang 6¹⁷ (6¹⁸) Mondaufgang 3³⁸ (3³⁹)
24. März. 1844 Dänischer Bildhauer Thorwaldsen gest. — 1846 Generalleutnant Karl v. Bölow geb. — 1906 Französischer Schriftsteller Jules Verne gest. — 1909 Architekt Alfred Messel gest. — 1916 Die Zeichnungen auf die vierte deutsche Kriegsanleihe betragen 10 712 Millionen Mark.

25. März. 1801 Dichter Friedrich Scher. v. Hardenberg (Novalis) gest. — 1880 Politiker Friedrich Naumann geb. — 1907 Chirurg Ernst v. Bergmann gest. — 1914 Provenzalischer Dichter Mikhal (Nobelpreisträger) gest. — 1918 Engländer Fliegerangriff auf die nordfranzösische Küste. Bulgarien beschließt die Einführung des Gregorianischen Kalenders. — Russische Durchbruchversuche an der Nordfront scheitern.

nötige Autorität in Polen verfügen können. Die Reichsregierung steht der Einführung einer einheitlichen Zivilverwaltung kompromittiert gegenüber. Alle Beteiligten wünschen einen baldigen Abschluss; wenigstens ein Teil der Welt soll sich der ungetrübten bürgerlichen Arbeit und der Segnungen des Friedens erfreuen dürfen. (Webb. Beifall.)

Abg. v. Gopler (konf.): Wir werden der Entschließung des Ausschusses zustimmen, aber nicht der Entschließung der Mehrheitspartei, da sie die Interessen der Randstaaten des Deutschen Reiches vorantreibt. (Sehr richtig rechts.) Bei allem Wohlwollen für die Bewohner der Randstaaten wünschen wir doch, dass in erster Linie den Bedürfnissen des Deutschen Reiches, vor allen Dingen der militärischen Sicherungen unserer östlichen Provinzen Rechnung getragen wird. Diesen Erfordernissen aber wird der Antrag nicht gerecht. Unsere Entschließung über Kriegsschadigungen aus dem Ausland haben wir für das Plenum wieder eingeklagt. Sie spricht für sich selbst. (Beifall rechts.)

Neben dieser Konnotation ist nun auch eine weitere Entschließung der Nationalliberalen eingegangen. Sie lautet: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, dass den berechtigten Forderungen von Ostland und Livland gegebenenfalls unter Erweiterung dieser Forderungen auf breiter Grundlage baldmöglichst Gelegenheit gegeben wird, über die Frage der günstigen Gestaltung ihrer staatlichen Verhältnisse Beschluss zu fassen.“

Abg. Daafe (l. Soz.): Wir sehen in dem Frieden mit Russland die rücksichtslose Durchsetzung des deutschen Schwertfriedens. Russland empfindet den Frieden als entehrend und das neutrale Ausland spricht ausnahmslos von einem Gewaltfrieden. Wenn jetzt die Litauer nach Berlin kommen, so haben sie nur unserem Druck nachgegeben. Sie kommen als gefesselte Ballast der Deutschen. (Zuruf rechts: Unian!) Es geht nun im Geheimwindsturm, denn man möchte die Arbeit beenden und in die Osterferien gehen. Außerdem geht das Gerücht, dass der Reichsfänger nach Erledigung der Verträge gleichsam nach dem Schlusswort nehmen wolle.

Abg. Dr. Stresemann (natl.) bereitet seinem Vordrager Daafe eine Abfuhr. Dr. Daafe (Soz.) verteidigt den Standpunkt seiner Fraktion. Abg. Frhr. v. Camp (Nat. Fr.) spricht für die Reichspartei. Abg. Dr. David (Soz.) für die Mehrheitspartei, wobei sich ein Redebau zwischen ihm und dem feindlichen Bruder Abg. Daafe entwickelte.

Das Gerücht, dass der Rangler noch im Hause erischeiner und das Wort nehmen werde, bestätigt sich in später Abendstunde nicht. Am Schluss der Aussprache tritt Graf Westphal (konf.) die Rednertribüne, um die konfessionelle Entschließung dem Hause zur Annahme zu empfehlen. Allein alle Entschließungen werden an den Ausschuss zurückverwiesen.

Annahme der Friedensverträge.

Hieraus gelangen die Friedensverträge mit Russland und Finnland zur Annahme. Dagegen stimmen nur die Unabhängigen Sozialisten, während die Mehrheitspartei sich bei der Abstimmung über den russischen Friedensvertrag der Stimme enthalten, dem Friedensvertrag mit Finnland aber zustimmen.

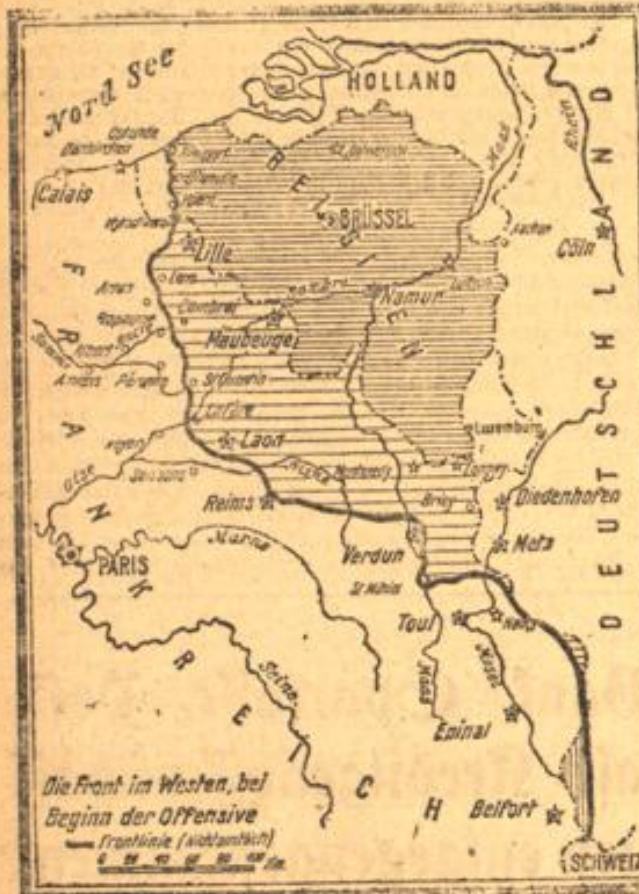
Bemerkenswert ist noch, dass kurz vor der Abstimmung vom Regierungstisch aus erklärt wurde, dass Livland und Estland noch der staatlichen Oberhoheit Russlands unterstehen.

Die deutsche Offensive im Westen.

WTB Großes Hauptquartier, 23. März. (Amtlich.)

Unter Führung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ist die Angriffsschlacht gegen die englische Front bei Arras, Cambrai und St. Quentin seit zwei Tagen im Gange. Auch gestern wurden gute Fortschritte gemacht.

An Heute haben bisher gemeldet: Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht 15 000 Gefangene, 250 Geschütze, Seeresgruppe deutscher Kronprinz 10 000 Gefangene, 150 Geschütze, 300 Maschinengewehre.



Zwischen Cambrai und La Fère.

Die Erkundungsvorstöße, die in der letzten Zeit an der Westfront immer häufiger wurden, ließen keinen Zweifel mehr darüber, dass sich eine große Schlacht vorbereite. Sie ist am Donnerstag morgen unter Einwirkung gewaltigen Artilleriematerials entbrannt. Die Artillerie-schlacht, die von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze entzündet ist, bildet den Auftakt zu dem gewaltigen Schlachtendrama, das sich jetzt vor den Augen der Welt entrollt. Lange Zeit hindurch schenkte es, als wollten die Feinde unserer Verteidigungsfronten zuvorkommen. War doch besonders der französische Ministerpräsident Clemenceau schon seit Wochen ein eifriger Krieger, dessen Drängen nur erfolglos blieb, weil England sowohl wie der französische Generalstabschef auf Abwarten bestanden. Aber die Erkundungen des Feindes, die sich auf die ganze Front erstreckten, zeigten, was man auf jener Seite beabsichtigte. Es kam vor allen Dingen darauf an, die Gruppierung der Streitkräfte festzustellen. Daher auch die Fliegerkämpfe der letzten Tage, die zeitweise zu wahren Luftschlachten wurden. Überall aber mukierte der Feind er-jahren, dass die deutsche Heeresleitung auf der Hut war. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt, dass die artilleristische Vorbereitung die Bedingung eines Erfolges ist. Da müssen Minenwerfer, Bombenflieger und alle Mittel planmäßiger Beschädigung in Wirksamkeit treten, um Untergrundräume, Reservestellungen und rückwärtige Verbindungen des Feindes zu zerstören und seine Gegenwirkung abzuwehren. Erst wenn diese Aufgaben restlos gelöst sind, kann die Infanterie in Tätigkeit treten. Unser Einbruch in die englische Front zwischen La Fère und Cambrai stellt daher wohl eine Einzelhandlung dar, an die man besondere Folgerungen nicht knüpfen sollte. Der erste Tag der Artillerie-schlacht, die die Entscheidung vorbereiten soll, hat eine Reihe von Erfolgen gezeigt, wie der Bericht des Hauptquartiers be-richtet, die zu der Hoffnung berechtigen, dass wir auch aus diesem letzten und schwersten Ringen als Sieger hervor-gehen werden.

Der Krieg zur See.

Unsere tägliche H. Boot-Beute.

Berlin, 22. März.

Amtlich wird gemeldet: Im Seergebiet des Mittel-meeres wurden 7 beladene Dampfer, die sämtlich gesichert und zum größten Teil bewaffnet waren, sowie 6 Segler, zusammen etwa 23 000 Br.-Mtg.-Tonn. versenkt.

Kaiser Wilhelm an Kapitän v. Müller.

Der Kaiser hat an den Fregattenkapitän Karl v. Müller, den früheren Kommandanten S. M. S. „Emden“, folgenden Erlaß gerichtet:

„Auf Grund Ihres Mir durch den Admiralstab vor-gelegten Berichtes über die letzten Tage Meines Kreuzers „Emden“ und dessen Eudkampfe verleihe Ich Ihnen hiermit in wärmster Anerkennung Ihres und Ihrer Besatzung sach-gemäßen und tapferen Verhaltens den Orden Pour le mérite.“

Sie haben den Namen Ihres Schiffes für alle Zeiten zu hohen Ehren gebracht, der ganzen Welt ein leuchtendes Beispiel tatkräftiger und ritterlicher Kreuzerführung gebend. Den am Schluss Ihres Berichtes erwähnten Vor-schlägen für Auszeichnungen des Schiffstades und der Besatzung sehe Ich gerne entgegen.“

Der Fliegerangriff auf Freiburg.

Der Fliegerangriff auf Freiburg am 13. März, über den schon kurz berichtet wurde, erfolgte am 4 Uhr nach-mittags und wurde von acht Flugzeugen ausgeführt. Er hat sich zu einem besonders empfindlichen Fehlschlag für unsere Gegner gestaltet. Von den acht Flugzeugen blieben drei in unserem Besitz. Wieweit der zurückgekommene Rest des Geschwaders durch das Feuer unserer Abwehr-geschütze und die Angriffe unserer Flugzeuge beschädigt worden ist, steht dahin. Die Erfolge, die der Abwurf von etwa 20 Bomben auf die offene Stadt Freiburg erzielte, sind gering, aber sie zeigen den Zweck, den unsere Gegner mit dem Angriff verfolgten. Eine Krankenschwester und zwei in einem Lazarett in Pflege befindliche Personen wurden von den Bomben getroffen und die Martinskirche beschädigt. Des Weiteren wurde einiger Schaden an den Dächern und Fensterscheiben von Privatgebäuden ange-richtet und zwei Bürger verletzt. Es zeigt sich also klar, dass unsere Gegner durch ihre Angriffe auf offene Städte deutsche Frauen und Kinder zu töten, die Wohnstätten friedlicher Bürger zu vernichten, unsere Gotteshäuser und Kunstschätze zu zerstören suchen.

Kleine Kriegspost.

Wien, 22. März. Die morgen ablaufende Waffenruhe mit Rumänien wird eine weitere kurze Verlängerung er-fahren. Man erwartet, dass der Friedensvertrag mit Rumänien in kurzer Zeit abgeschlossen werden wird.

Lugano, 22. März. Nach italienischen Blättern hat der Papst Kaiser Karl gebeten, das Bombardement offener Städte zu verhindern.

Schlupfdienst.

(Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Erweiterte militärische Aufsicht über Daimler.

Berlin, 22. März. Im Hinblick darauf, dass die Zweig-niederlassung der Daimler Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfelde mit der Daimler Motoren-Gesellschaft in Unter-türkheim (Württemberg) wirtschaftlich und finanziell eng zusammenhängt, und dass die Befugnisse der vom Reichs-verordneten Generalkommando des 13. Armee-korps über die Daimler Motoren-Gesellschaft in Unter-türkheim angeordnete militärische Aufsicht nicht über den Befehlsbereich des 13. Armee-korps hinausgehe, hat das Oberkommando in den Marken die Zweigniederlassung der genannten Gesellschaft in Mariensfelde ebenfalls unter militärische Aufsicht gestellt.

Gefangenenrückkehr aus Russland.

Wien, 22. März. Nach einer Meldung der „Reichspost“ kehren österreichisch-ungarische Kriegsgefangene über Czernowitz zu Zehntausenden zurück. Von früh bis spät nachts dauert der Einmarsch der Gefangenen. Sie kommen alle in russischen Uniformen, die sie von russischen Soldaten kauften, um leichter passieren zu können.

Kein päpstlicher Schritt wegen der Fliegerangriffe.

Bern, 22. März. Offiziäre Romano veröffentlichen eine Rate, wonach die Radfahrer durchwegs unbewaffnet lit-

den der Kantus in Wien beauftragt worden sei, namens des Papstes beim Kaiser Karl Schritte zu unternehmen, damit zwischen den Kriegführenden die Bombardierung offener Städte hinter den Operationslinien aufhöre.

Kurdschur an der Amsterdamer Börse.

Amsterdam, 22. März. Die Beschlagnahme des holländischen Schiffsraums durch Amerika hat an der Amsterdamer Börse einen starken Kursrückgang zur Folge gehabt.

Protest der holländischen Kapitäne.

Amsterdam, 22. März. Reuter meldet aus Washington: Die Kapitäne der holländischen Schiffe haben durch Eintrag in das Logbuch alle ihr Amt als Kapitan unter Protest niedergelegt, als die amerikanischen Beamten die Schiffe in Besitz nahmen. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Russlands Kriegskosten.

Stockholm, 22. März. Wie aus Petersburg berichtet wird, beziffert die russische Regierung die Gesamtsumme der russischen Kriegskosten bis zum 1. Januar 1918 auf mehr als 50 Milliarden Rubel.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 23. März.

Palmsonntag.

In eine ereignisreiche Zeit fällt das diesjährige Fest der Palmen, der Sonntag vor Ostern, an dem die Christi-heit des Einzuges Christi in Jerusalem vor seinem am vollen Leiden und Sterben gedenkt. Das deutsche Volk richtet seine Gedanken und Empfindungen nach den wahren kühnenden Feldern Nordfrankreichs und Belgiens, an denen seine Männer und Jünglinge mit entschlossener Mut dem zahlreichen Feinde in die Augen sehen, denen sie alle eheliche deutsche Kraft zusammennehmen um die Entscheidung herbeizuführen in dem schon fast vier Jahre dauernden Kringen, um endlich des Reiches Sicherheit fernerhin unantastbar gründen und der heimlichen Hölle den Frieden bringen. In den katholischen Gotteshäusern weihen die Palmen von altersher an diesem Tage, für die auch deutsche Buchsbaumzweige genommen werden. Diese Zweige werden aufbewahrt und an verschiedenen Stellen der Wohnung verteilt. Sie sollen das Haus vor Ungemäch-schützen. Möge uns in der Heimat und unsere Streik-im Donner der Kanonen der Gedanke diesmal am Palm-sonntag stärken, dass alles Leiden und Entbehren, alle Loh-not und alle Schrecken des Schlachtgetümmels Opfer sind, die wir darbringen zur Rettung unseres geliebten Vaterlan-des vor dem Ansturm der Segner, Opfer, die wir uns, mit Freudigkeit und Hoffnung auferlegen, um unseren Kin-dern und Kindeskindern ein Haus aufzurichten, in dem ihr sie sicher und friedlich leben können, unbedrängt von den Daß begieriger Nachbarn und in dem sie in Ruhe weiter-arbeiten dürfen an dem Werte deutscher Gestirte und edler menschlicher Kultur. So wollen wir Palmsonntag feiern!

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchbühl in Hachenburg.

Verkauf des Monatszuckers für April.

am Dienstag, den 26. März d. Js., in den Geschäften von Winter, Böhle, Rhein, Kaufhaus, Dabach, Hachenburg. Auf Lebensmittellkartenabschnitt 15 werden 1 1/2 Pfd. Zucker verabfolgt. Preis pro Pfund für Stampfzucker 42 Pf. für Würfel- und Plattenzucker 44 Pf. Hachenburg, den 23. 3. 1918. Der Bürgermeister.

Verkauf von Eiern.

am Dienstag, den 26. d. Mts., bei Carl Voller. Da noch keine Eierarten vorhanden sind, erhalten die Eierbe-rechtigten die Eier von Carl Voller ausgehändigt, der im An-schluss eine Liste über die Bezugsberechtigten ist. Pro A. p. wird 1 Pfd. gegeben. Preis pro Stück 33 Pf. Hachenburg, den 23. 3. 1918. Der Bürgermeister.

K.A.-Seifenpulver.

Die Kolonialwarengeschäfte und Wäschereien werden gebeten, die Kartenabschnitte und sonstigen Aus-schüsse zum Bezug von K. A. Seifenpulver berechnen, welche zu sammeln und diese der zuständigen Behörde (Wäl-lungsmeisteramt) abzuliefern. Diese stellt jedesmal eine ge-pelte Bescheinigung darüber aus, wieviel Marken abgelie-vert worden sind. Nach dieser Bescheinigung, welche mit-spätestens zum 10. jeden Monats einzusenden ist, erfolgt prompte Ruteilung.

Franz Henrich,

Kolonialwaren-Großhandlung,
Dillenburg. Telefon 44.

Aus der Schule entlassene

Knaben und Mädchen

für leichtere Arbeit gesucht.
Gustav Berger & Cie.
Hachenburg.

Karl Baldus, Hachenburg.

Särge

von den einfachsten bis zu feinsten Ausstattungen in jeder Preislage. — Ueberführungen per Kasse und Bahn. Leichenwäsche aller Art stets vorrätig.

Zum 1. April suchen

Mädchen

das sich mit mir in der richtung aller vorkommen Haus- und Gartenarbeit. Frau Architekt Gae Siegburg, Ringstr.

Für Radfahrer

Spirala

bewährte Fahrradwerke. Erlaubnisfrei.

B. Seewald, Hachenburg.